

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 101 (2010)

Heft: (7)

Artikel: VSE/AES : Generalversammlung 2010 = Assemblée générale 2010

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-856098>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Sichere Stromversorgung als grosse Herausforderung für die Branche»

Referat von VSE-Präsident Kurt Rohrbach



VSE-Präsident Kurt Rohrbach.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Sie als Vertreterinnen oder Vertreter der Mitgliedunternehmen, als Medienschaffende, als Gäste oder als Organisierende zur VSE-Generalversammlung hier im wunderschönen Interlaken begrüssen zu dürfen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Teilnahme. Zwar sind die zahlreichen Touristen aus aller Welt nicht in erster Priorität wegen des Stroms hier, trotzdem ist auch die Geschichte der Stromversorgung von Interlaken eng mit dem Fremdenverkehr verknüpft. Nicht zuletzt um den Gästen mehr Komfort bieten zu können, wurde bereits 1888 das erste Wasserkraftwerk in dieser Region erstellt. Im Jahre 1904 – also bereits vor 106 Jahren – folgte die Gründung der Industriellen Betriebe Interlaken. Damit steht Interlaken bezüglich Gründung eines Elektrizitätswerks schweizweit auf dem 8. Rang. Damit sind die Berner einmal mehr ganz vorne dabei.

Nun aber zur Gegenwart. Das Stromversorgungsgesetz ist seit über einem Jahr in Kraft. Dieses Gesetz soll ja einerseits die Voraussetzungen für einen wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkt schaffen. Als zweites Ziel – und dies ist

momentan weniger im Fokus – nennt das Gesetz die Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung. Ein neues Ziel ist die sichere Stromversorgung für uns keineswegs. Die Strombranche kümmert sich seit rund 100 (in Interlaken sind es gar 106) Jahren darum. Wir können stolz sein, dass wir diese Aufgabe seit Jahrzehnten für unsere Kundinnen und Kunden selbstverständlich und mit anerkannt hohem Standard erfüllen.

Dass wir nun zu dem, was wir schon seit 100 Jahren tun, jetzt gesetzlich verpflichtet sind und den festen Kunden jederzeit die gewünschte Menge an Elektrizität mit der erforderlichen Qualität und zu angemessenen Tarifen zu liefern haben, ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Der Gesetzgeber zeigt damit, welche Bedeutung er einer sicheren Stromversorgung der Schweizer Bevölkerung und unserer Wirtschaft beimisst. Für die moderne Gesellschaft ist elektrische Energie unerlässlich geworden. Strom gilt daher zu Recht als die Schlüsselenergie. Ohne Strom läuft nichts mehr. Damit nicht genug, alles deutet darauf hin, dass Strom künftig noch wichtiger werden und unser Leben noch stärker prägen wird, denn Energiesparen ist oft

nur mit Strom möglich, und fossile Energieträger werden bei immer mehr Anwendungen durch Strom ersetzt werden. Die Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung bedeutet deshalb eine grosse Verantwortung für uns «Stromer».

Für eine sichere Stromversorgung braucht es – neben genügend Stromerzeugungskapazitäten – ein funktionierendes Stromnetz. Das Schweizer Höchstspannungsnetz ist rund 6700 km lang und eng mit dem europäischen Stromnetz verknüpft. Die Swissgrid überwacht, führt und steuert das Höchstspannungsnetz und garantiert den Zugang zu diesem nach objektiven, transparenten und diskriminierungsfreien Kriterien. Zur sicheren Versorgung gehören auch die 250 000 km Verteilnetze, die den Strom zu den Endverbrauchern führen. Der Netzbereich ist im liberalisierten Strommarkt strikt reguliert. Die Netzbetreiber müssen ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netz gewährleisten. Die staatliche Elektrizitätskommission ElCom überprüft die Netznutzungstarife und -entgelte sowie die Elektrizitätstarife von Amtes wegen. Damit soll gewährleistet werden, dass die Netzbetreiber nicht hohe Monopolgewinne zulasten der Bevölkerung und Wirtschaft einstreichen können.

Das ist auch gut so. Die Aufgabe des Regulators ist also, dafür zu sorgen, dass die Netznutzungspreise nicht zu hoch sind. Dazu gibt es verschiedene Methoden und Vorgehensweisen. Der Gesetzgeber hat dem Regulator jedoch auch eine Rolle bei der Versorgungssicherheit zugedacht. Damit befindet sich dieser in einem Spannungsfeld. Ich hoffe, dass bei der Abwägung, die er in diesem Spannungsfeld zu treffen hat, die zweite Rolle ein genügendes Gewicht bekommt. Zurzeit haben wir den Eindruck, die lineare Senkung der Durchleitungspreise sei das übergeordnete Ziel. Alles hat seine Grenzen. Die Senkung hat ihre Grenzen dort, wo sich der notwendige Unterhalt und Ausbau des Stromnetzes nicht mehr lohnt. Heute sind wir ganz nahe an dieser Grenze, oder sie ist sogar schon überschritten. Die Botschaft darf doch nicht

heissen: «Lieber Stromversorger, wenn Du dein Kapital vernichten willst, investiere ins Netz.» Ich weiss, wenn man sich genügend verschuldet, kommt man mit dem heutigen WACC über die Runden. Ist denn das die bessere Botschaft?

Leider führt die gegenwärtige Praxis der Elektrizitätskommission zu erheblichen Kürzungen der Netzerträge. Mit dieser Praxis werden die Netzbetreiber Schwierigkeiten haben, die nötigen Investitionen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit zu finanzieren. Wir müssen Sorge tragen um unser gut funktionierendes Netz. Es gibt genügend Anschauungsunterricht bezüglich Fehler, die gemacht wurden – zum Beispiel in Kalifornien oder in Schweden. Wir brauchen die gleichen Fehler nicht zu wiederholen. Auch in der Schweiz gibt es Anschauungsunterricht, einfach noch nicht in der Branche: Kürzlich hat die SBB ein Nachholbedarf bei den Investitionen von über 800 Mio. CHF vermeldet. Ich hoffe, wir ziehen die entsprechenden Lehren daraus.

Für eine sichere Stromversorgung braucht es nicht nur Netze, sondern auch genügend Stromerzeugungskapazitäten. Ab 2020 werden altersbedingt die Betriebszeiten der bestehenden KKWs in Mühleberg sowie Beznau I und II enden. Zudem laufen die Importverträge mit Frankreich schrittweise aus. In Übereinstimmung mit der bundesrätlichen Energiepolitik zur Vermeidung einer Stromversorgungslücke befürwortet der VSE die vier Säulen Energieeffizienz, Energieaussenpolitik, erneuerbare Energien und Grosskraftwerke zur Sicherstellung der Stromversorgung.

Im Bereich der erneuerbaren Energien ist ein Ausbau der Stromproduktion vorgesehen. Das Gesetz sieht vor, dass wir in der Schweiz bis 2030 eine zusätzliche Produktion aus erneuerbaren Energien von 5400 GWh realisieren. Erfreulicherweise hat das neue Förderinstrument – die kostendeckende Einspeisevergütung KEV – zu einem Boom von Projekten aus erneuerbaren Energien geführt. Am schnellsten war für einmal das Geld da, auch die personellen Ressourcen, die es für Planung und Umsetzung braucht, wurden bei den Unternehmen rasch rekrutiert. Der Knackpunkt ist jetzt die Realisierung. Ich habe den Eindruck, die Behörden aller Ebenen wurden überrascht, denn leider erweisen sich in der Schweiz die komplexen, auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene angesiedelten Planungs- und Bewilligungsverfahren, die von keiner Behörde umfas-

send koordiniert und straff geführt werden, als Hindernis für die zügige Realisierung von Anlagen aus erneuerbaren Energien.

Ebenfalls überrascht wurden offensichtlich auch einige Umweltverbände, nämlich davon, dass Windenergie das Landschaftsbild beeinträchtigt, Kleinwasserkraftwerke einen ökologischen Impact haben u.v.m. So befinden sich noch viele Organisationen im Dilemma und unterstützen im Grundsatz die Förderung, bekämpfen aber konkrete Projekte. Dazu kommen zunehmende Widerstände von betroffenen Einzelpersonen, von verschiedenen Organisationen und Verbänden. Als Beispiel dafür steht der Schweizerische Fischerei-Verband, der gemäss offizieller Erklärung grundsätzlich gegen geplante Kleinwasserkraftwerke ist. Diese seien für die Energieversorgung unbedeutend. Um das parlamentarische Ziel der 5400 GWh bis zum Jahr 2030 zu erreichen, sind deshalb noch viele Steine aus dem Weg zu räumen.

Umfangreiche externe und interne Untersuchungen haben gezeigt, dass trotz aller Anstrengungen bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz auf Grosskraftwerke bis auf Weiteres nicht verzichtet werden kann. Einerseits sollte die Wasserkraft ausgebaut werden, andererseits braucht es ab 2020 zwei Ersatzkernkraftwerke. Dies ermöglicht der Schweiz eine weitgehend CO₂-freie Stromversorgung und weitgehende Unabhängigkeit von Stromimporten aus dem Ausland.

Allerdings gilt auch in der Produktion das Gleiche wie im Netzbetrieb. Es braucht einen genügenden finanziellen Anreiz, dass sich der notwendige Ausbau von Stromproduktionskapazitäten lohnt. Der Preis sollte sich wie in anderen offenen Märkten üblich nach Angebot und Nachfrage richten. Die Forderung, ihn an den Gestehungskosten auszurichten, mag zwar kurzfristig interessant erscheinen, weil es dämpfend auf die Strompreise wirkt, langfristig aber ist es für den Produktionsausbau verheerend. Falls alle festen Kunden auch zukünftig zu Gestehungskosten beliefert werden müssten, würde niemand mehr Produktionskapazitäten realisieren wollen. Wenn der Bäcker seine Brötchen zu Gestehungskosten liefern müsste, gäbe es längst keine Bäckereien mehr. Die Aushebelung des Marktpreisprinzips durch gestehungskostenbasierte Preise ist höchst problematisch, weil die Strompreise ihre Lenkungsfunction nicht mehr wahrnehmen

können. Die Anreize für Stromverbraucher und -produzenten werden verzerrt. Gefährdet sind damit Versorgungssicherheit und effiziente Anwendungen.

Meine Damen und Herren, mit der nun angelaufenen Revision des Stromversorgungsgesetzes besteht die Chance für Korrekturen und Ergänzungen. Die Branche ist deshalb gewillt, die Gesetzesrevision im Hinblick mitzugestalten. Wir arbeiten mit grossem Engagement in den entsprechenden Gremien des Bundesamts für Energie mit. Wir sind bereit, unser Know-how einzubringen und die nötigen Diskussionen zu führen.

Allerdings müssen wir die Gesetzesrevision und damit die zweite Stufe der Marktöffnung mit Augenmass und Weitsicht gestalten, denn das Referendum gegen die volle Strommarktöffnung ist bereits angekündigt. Dies gilt insbesondere beim Thema der Strompreise. Auch wenn wir uns bewusst sind, dass sich die Schweizer Strompreise im internationalen Vergleich nicht zu verstecken brauchen, müssen wir bei der Preispolitik sorgfältig vorgehen. Eine neue Studie der Credit Suisse bestätigt, dass das Absinken der Preise seit Mitte der Neunzigerjahre die Schweiz in den meisten Verbraucherkategorien im internationalen Vergleich zumindest ins Mittelfeld geführt hat. Bei den Privathaushalten zählen die Schweizer Durchschnittspreise im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern sogar zu den tiefsten.

Allerdings ziehen hier dunkle Wolken am Horizont auf, die wir nicht direkt beeinflussen können. Bereits 1996 hat eine Untersuchung des VSE gezeigt, dass der Strompreis in der Schweiz durch zahlreiche Gebühren und Abgaben massiv verteuert wird. Die Untersuchung ist letztes Jahr vom VSE aktualisiert worden. Sie zeigt, dass im Jahre 2007 der Anteil der Belastungen durch die öffentliche Hand an den gesamten Ausgaben der Endverbraucher von 8,3 Mia. CHF gut 25% ausmachten. Tendenz steigend, da die neuesten Entscheidungen wie die Erhöhung der KEV oder die Wasserzinsanpassung noch nicht berücksichtigt wurden. Einen genauen Überblick werden wir mit der diesjährigen Untersuchung erhalten.

Zurück zur Revision des Gesetzes: Es ist mir natürlich nicht verborgen geblieben, dass sich auch innerhalb der Strombranche eine Ernüchterung über die Strommarktöffnung breitgemacht hat. Die Umstellung auf das neue System bedeutete für unsere ganze Branche eine

gewaltige Anstrengung und grosse Investitionen. Auch unsere zahlreichen Mitarbeitenden mussten ihr Tagesgeschäft regelmässig zurückstellen und sich mit neuen Anforderungen auseinandersetzen. Trotz diesen Arbeiten litt im Zusammenhang mit den Strompreiserhöhungen das gute und solide Bild von unseren Unternehmungen.

Trotzdem bin ich überzeugt, dass sich der VSE im Rahmen der Revisionsarbeiten nach wie vor für einen vollständig offenen Strommarkt einsetzen muss. Positiv formuliert begünstigt ein offener Markt grundsätzlich Innovationen durch Wettbewerb. Er fördert Investitionen und schafft damit neue Arbeitsplätze. Er bietet für dynamische Unternehmen neue Marktchancen und sorgt in den Unternehmen für höhere Effizienz.

Nüchtern formuliert müssen wir uns bewusst sein, dass die Schweiz seit Jahrzehnten sehr eng mit dem Ausland ver-

bunden ist. Unsere Stromversorgung hängt – gerade im Winterhalbjahr – zu einem grossen Teil von den Bezugsverträgen aus französischen Kernkraftwerken ab. Wir profitieren vom Export unserer wertvollen Wasserkraftproduktion und vom Stromtransit durch unser Land. Der Stromaustausch mit dem Ausland ist zudem für unsere Versorgungssicherheit zentral und trägt zur Preisdämpfung bei. Eine Abschottung der Schweiz im Strombereich können wir uns schlicht nicht leisten. Sie hätte katastrophale Folgen. Wir müssen uns weiterhin als einen Teil des gesamteuropäischen Strommarkts sehen. Doch leider ist dieser Vorteil aus der europäischen Stromintegration nicht zum Nulltarif zu haben. Die Schweiz ist von unseren Nachbarländern gefordert, sich an der Strommarktöffnung der EU zu orientieren. Es zeichnet sich nämlich ab, dass die EU ein bilaterales Stromabkommen mit der Schweiz nur dann un-

terzeichnen wird, wenn ihre Regeln zumindest weitgehend übernommen werden. Dies würde dann auch die volle Marktöffnung – mit einer abgesicherten Grundversorgung für KMU- und Privatkunden – bedeuten.

Zum Schluss möchte ich einen grossen Dank aussprechen. Im Namen des VSE danke ich Ihnen für Ihr Engagement im Verband, sei es im Vorstand, in Kommissionen oder in Arbeitsgruppen. Gleichzeitig lade ich Sie ein, sich auch weiterhin aktiv im Verbandsleben einzubringen, denn nur gemeinsam als Branche werden wir die grundlegenden Themen anpacken können. Dem VSE-Team in Aarau und Lausanne mit seinem Direktor Joseph Dürr danke ich ebenfalls für den grossen Effort und wünsche weiterhin viel Elan bei allen anstehenden Projekten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anzeige



Weiterbildung – Ihr Schlüssel zum Erfolg

Das **international institute of management in technology (iimt)** der Universität Fribourg bietet einzigartige und spezialisierte Lehrgänge im Bereich **Energie-Management** an.

Executive MBA, Executive Diploma, einzelne Fachkurse oder massgeschneiderte Firmentrainings.

Ein internationales Netzwerk von exzellenten Dozierenden und Spezialisten aus der Branche vermitteln Ihnen top-aktuelles Know-How und wertvolle Einblicke in die Praxis. Überzeugen Sie sich während unserem nächsten Kurs **“Utility Technology”**!

Utility Technology

Themen des Kurses: Liberalisierter Elektrizitätsmarkt (Strategie & Positionierung), wirtschaftliche Erzeugung, Transport und Verteilung von Strom, Marktdynamiken, CO2 Handel, Asset Management, Investitionsoptimierung und vieles mehr.

Modul 1: 13. - 15.09.2010 - Modul 2: 20. - 22.09.2010 - Modul 3: 27. - 29.09.2010

Wir freuen uns, Sie in Fribourg begrüßen zu dürfen.
Weitere Informationen finden Sie unter **www.iimt.ch**.

The iimt Executive Programmes - a smart investment in your future

accredited by the SUC -
Swiss University Conference

international institute of
management in technology
University of Fribourg
Bd de Pérolles 90
CH-1700 Fribourg
Phone: + 41 26 300 84 30
Fax: + 41 26 300 97 94
e-mail: info@iimt.ch

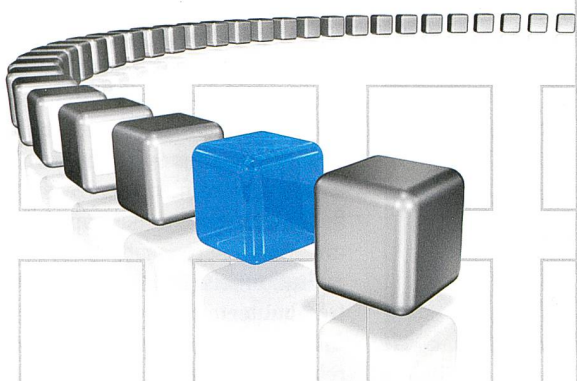
www.iimt.ch



UNIVERSITAS
FRIBURGENSIS

OPTIMATIK

Mobile Zählerdatenerfassung
Smart Metering
Zählerfernauslesung
Energiedatenmanagement
Energieabrechnung/CRM
Business Process Management



ENERGIEMARKTSYSTEME AUS EINER HAND

Optimatik ist Ihr leistungsstarker Partner, der durch Know-how und konsequente Branchenausrichtung Ihre Energiemarktsysteme optimal einführt und integriert. Wir unterstützen Sie gesamtheitlich bei der Realisierung Ihrer Projekte. Damit Sie sich um Ihre Kerngeschäfte kümmern können.

www.optimatik.ch

**BITTE VORMERKEN: 28. OKTOBER
OPTIMATIK FACHTAGUNG**

Optimatik AG
Gewerbezentrum Strahlholz 330
CH-9056 Gais
T +41 71 791 91 00

Bureau Romandie
Chemin du Closalet 4
CH-1023 Crissier
T +41 21 637 21 00

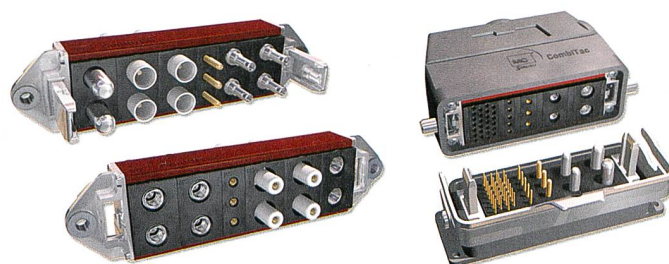


Modular & Kompakt

www.multi-contact.com

CombiTac^{line}

Industrie-Steckverbinder



Einer für alles – alles in einem

Kombinieren Sie verschiedenste Module in einem Steckverbinder: Signal-, Datenbus-, LWL- und Koaxialkontakte, Leistungskontakte bis 290A oder 5kV, Thermoelemente und Druckluftkupplungen. Der modulare Steckverbinder CombiTac mit MC Kontaktlamellen für hohe Steckzyklen und geringe Verlustleistung. Erstellen Sie Ihr eigenes Modell mit unserem CombiTac Konfigurator: www.multi-contact.com > Products

Besuchen Sie uns an einem der internationalen Top Events:
www.multi-contact.com > News > Exhibitions

« Un approvisionnement sûr et fiable : un défi majeur pour notre branche »

Exposé de Kurt Rohrbach, président de l'AES



Kurt Rohrbach, président de l'AES.

Mesdames, Messieurs,

C'est avec grand plaisir que je vous souhaite la cordiale bienvenue, aux représentants des entreprises partenaires, aux journalistes, aux invités et aux organisateurs de cette Assemblée générale de l'AES, ici à Interlaken, site magnifique s'il en est. Par avance, merci d'avoir fait le déplacement, merci de votre intérêt et merci de votre participation. Certes, les nombreux touristes internationaux que vous avez peut-être croisés dans la rue ne sont sans doute pas venus ici pour parler d'électricité et pourtant, l'histoire de l'approvisionnement en électricité de la ville d'Interlaken est étroitement liée aux activités touristiques de ce lieu. En effet, un des premiers objectifs de la municipalité consistait à offrir davantage de confort à ses visiteurs, et c'est ainsi que fut construite, en 1888 déjà, la première centrale hydroélectrique de la région. En 1904 – c'est-à-dire il y a 106 ans aujourd'hui – les Industrielle Betriebe Interlaken voient le jour et ainsi, avec la construction de sa propre centrale électrique, Interlaken se place au 8^e rang du pays. Une fois de plus, les Bernois font partie des pionniers en la matière.

Mais venons-en au présent. Cela fait un peu plus d'un an que la loi sur l'approvisionnement en électricité est en vigueur. Son but ? D'une part, créer les conditions favorisant un marché de l'électricité compétitif et, de l'autre – un aspect certes moins mis en avant pour l'heure – assurer l'approvisionnement en électricité. Bien entendu, garantir un approvisionnement fiable et sûr n'est, a priori, pas un objectif nouveau. En effet, cela fait près de 100 ans (ici, à Interlaken, même 106 ans) que nous nous chargeons de cette tâche, fait qui ne nous rend pas peu fiers puisque nous l'accomplissons pour nos clients depuis des décennies et ce, à un niveau reconnu comme élevé.

Si, aujourd'hui, nos activités quasi centennaires sont maintenant réglementées par la loi et qu'il nous faut dès lors livrer à nos clients publics les volumes d'électricité de haute qualité souhaités, le tout à des tarifs appropriés, cela peut étonner plus d'un à première vue. En optant cette façon d'agir, le législateur démontre quelle importance il accorde à la notion d'approvisionnement fiable, tant pour la population que pour l'économie suisse dans son ensemble. De nos jours, la société ne peut plus passer d'électricité et ainsi, le

courant vaut aujourd'hui comme source d'énergie phare. Sans courant, rien ne va plus. Cela dit, tout prête à croire qu'à l'avenir, l'électricité jouera un rôle encore plus important et marquera encore davantage notre quotidien. De fait, économiser de l'énergie ne peut se faire qu'en passant par elle alors que les supports énergétiques fossiles sont remplacés de plus en plus fréquemment par le courant. En d'autres termes, sécuriser l'approvisionnement en électricité représente une mission lourde en responsabilités pour nous, les « hommes du courant ».

Pour garantir un approvisionnement fiable, il faut, outre des capacités de production d'énergie suffisantes, un réseau opérationnel. En Suisse, le réseau à très haute tension s'étend sur près de 6700 km ; par ailleurs, il est étroitement relié au réseau électrique européen. La société Swissgrid surveille, gère et dirige ce réseau tout en y garantissant l'accès en fonction de critères objectifs, transparents et non discriminatoires. S'ajoutent à ce réseau les quelque 250 000 km des réseaux de distribution servant à mener l'électricité jusqu'au consommateur final. Sur le marché libéralisé de l'électricité, l'exploitation des réseaux est réglementée de manière très stricte. Ainsi, les gestionnaires de réseaux doivent assurer que leurs infrastructures sont sûres, performantes et efficaces. L'ElCom, la Commission fédérale de l'électricité, contrôle les tarifs et les rémunérations de l'utilisation de réseaux ainsi que les tarifs d'électricité pour garantir que les gestionnaires de réseaux ne se remplissent pas les poches sur le dos de la population et de l'économie au vu de leurs positions de monopole.

Et c'est très bien ainsi. En réglementant ces activités, cet organisme régulateur veille à ce que les prix d'utilisation du réseau ne s'envolent pas, et pour ce faire, il applique diverses méthodes et manières de procéder. Néanmoins, le législateur a également confié au régulateur un rôle spécifique en matière de sécurité de l'approvisionnement, mais dès lors, il se retrouve en porte-à-faux. J'espère qu'en évaluant les diverses options

au choix dans ce champ de tension, il saura accorder suffisamment de poids au second rôle. Pour l'instant, il nous semble que l'abaissement linéaire des prix de l'acheminement soit leur but principal.

Mais tout a ses limites. Dans le cas des abaisséments de prix, elles s'arrêteront là où l'entretien et le développement du réseau n'en valent plus la peine. Aujourd'hui déjà, nous touchons aux confins de ces limites – si nous ne les avons pas déjà dépassées. Or, loin de nous l'idée de vouloir véhiculer le message suivant : « Chers fournisseurs en électricité, si vous souhaitez détruire votre capital, investissez dans les réseaux. » Oui, je le sais : si l'on s'endette suffisamment, le WACC actuel permet encore de se tirer d'affaire. Serait-ce là un message plus encourageant ?

Hélas, les pratiques actuelles de la Commission fédérale de l'électricité se traduisent par des réductions considérables du produit des réseaux et dès lors, leurs gestionnaires auront de la peine à financer les investissements nécessaires au maintien de la sécurité d'approvisionnement. Or, nous sommes tenus à assurer que nos réseaux fonctionnent bien. Il existe suffisamment de cours pratiques et d'exemples concrets illustrant les conséquences possibles d'erreurs, je pense notamment à la Californie et à la Suède, et je ne crois pas qu'il soit nécessaire d'en faire autant. En Suisse aussi, ces cours pratiques existent déjà, il n'est pas encore pour notre branche. Récemment, les CFF ont fait part de leurs besoins en matière d'investissements et avancé un montant de plus de 800 mio. CHF. J'espère que nous saurons en tirer les leçons évidentes.

Pour garantir un approvisionnement sûr en électricité, il faut disposer non seulement de réseaux efficaces, mais également de capacités de production suffisantes. A partir de 2020, les périodes de fonctionnement des centrales de Mühleberg et de Beznau I et II arriveront à terme. Par ailleurs, les contrats d'importation signés avec la France commenceront également à expirer progressivement. En accord avec les responsables de la politique énergétique fédérale dans le but d'éviter des pannes d'approvisionnement, l'AES défend la théorie dite des quatre piliers, à savoir : efficacité énergétique, politique énergétique étrangère, énergies renouvelables et grosses centrales destinées à assurer l'approvisionnement en électricité.

Dans le domaine des énergies renouvelables, il est prévu de développer les

capacités de production. La loi prévoit qu'en Suisse, d'ici à 2030, les énergies renouvelables devraient générer quelque 5400 GWh supplémentaires. Fort heureusement, le nouvel instrument du nom de RPC – la rétribution à prix coûtant du courant injecté – a suscité un véritable boom de projets axés sur les énergies renouvelables. Et, autre grande nouveauté : leur financement était assuré par les entreprises, tout comme la mise à disposition des ressources humaines nécessaires à leur planification et à leur mise en œuvre, le tout en un temps record. Restent les réalisations concrètes. Je pense que les pouvoirs publics, tous échelons confondus, ont été surpris par la rapidité de cet exercice puisqu'en règle générale sur le sol helvétique, les procédures de planification et d'autorisation sont complexes, tant sur le plan fédéral que cantonal et communal. Pourquoi ? Parce qu'il n'existe aucune autorité pour coordonner et gérer efficacement de telles opérations, ce qui se traduit par une foule d'obstacles freinant la réalisation rapide d'infrastructures en énergies renouvelables.

Ont également été surprises par cette situation plusieurs associations environnementales, notamment par des arguments avançant que les installations d'énergie éolienne pouvaient nuire au paysage, que les petites centrales hydroélectriques causaient un impact écologique, etc., etc., etc. Dès lors, nombre d'organisations hésitent à se prononcer, soutiennent le principe de la promotion de telles activités, mais s'opposent à la réalisation de projets concrets. S'ajoute à cela les refus récurrents de particuliers comme d'organisations et d'associations de tous bords. Citons un exemple concret : la Fédération Suisse de Pêche qui, dans un communiqué officiel, a fait savoir qu'elle s'opposait à la construction prévue de petites centrales hydroélectriques, leur approvisionnement énergétique étant insignifiant à leurs yeux. Il apparaît dès lors que pour réaliser l'objectif parlementaire des 5400 GWh d'ici à 2030, il coulera en encore passablement d'eau sous les ponts.

De multiples recherches approfondies externes et internes ont démontré que malgré tous les efforts déployés en matière d'énergie renouvelable, il est impossible de renoncer, du moins pour l'heure, à l'efficacité énergétique des grosses centrales. En effet : développer l'énergie hydroélectrique est un premier objectif alors que, dans le même temps, il faudra

disposer de deux centrales nucléaires nouvelles à partir de 2020, solution qui permettra à la Suisse d'être approvisionnée en électricité sans générer du CO₂ tout en préservant son autonomie vis-à-vis des importations de l'étranger.

Or, les mêmes règles qui régissent l'exploitation des réseaux s'appliquent à la production. De plus, il faut une incitation financière suffisante pour justifier le développement des capacités de production d'électricité. Comme d'habitude et comme sur d'autres marchés, les prix doivent être adaptés selon le principe de l'offre et la demande. L'idée de faire primer les prix de revient peut paraître intéressante à court terme puisqu'elle mettrait les prix de l'électricité en veilleuse. Sur le long terme toutefois, son impact sur l'extension des capacités de production serait catastrophique. Car si, dorénavant, il fallait approvisionner tous les clients publics sur la base du seul prix de revient, plus personne ne serait disposé à revoir à la hausse ses capacités de production. Si d'aventure chaque boulanger se mettait à vendre son pain selon ce principe, il n'y aurait plus de boulangeries. Tirer parti du principe du prix du marché en misant sur celui du prix de revient pose et posera problème puisque les prix de l'électricité ne pourront plus faire valoir leur fonction incitative, facteur d'intérêt principal pour les consommateurs comme pour les producteurs d'électricité. Par ailleurs, la sécurité de l'approvisionnement et des applications efficaces serait menacée.

Mesdames, Messieurs : la mise en chantier de la révision de la loi sur l'approvisionnement en électricité nous donne la possibilité de corriger et de compléter la mouture actuelle. Notre branche est tout à fait disposée à apporter sa pierre à ce travail de révision, raison pour laquelle nous participons de manière active et engagée aux travaux de diverses sections de l'Office fédéral de l'énergie, prêts à faire valoir nos connaissances et savoir-faire et à mener les discussions si besoin.

Cependant, nous devons faire preuve de mesure et de prévoyance dans ce travail de révision de la loi et de la préparation de la deuxième étape de l'ouverture du marché puisque l'organisation d'un référendum contre l'ouverture intégrale des marchés de l'électricité a déjà été annoncée. Cette prudence vaut notamment en matière de prix de l'électricité. Bien que nous soyons conscients du fait que les prix pratiqués en Suisse n'ont rien à

envier à ceux des marchés internationaux, nous devons agir de manière réfléchie dans ce domaine. Une étude récente du Crédit Suisse confirme que la baisse des prix, constatée depuis le milieu des années 90, a repositionné la Suisse au centre du terrain sur l'échelle comparative internationale des catégories de produits à la consommation. Comparés aux autres pays de l'Europe occidentale, les ménages privés suisses paient même les prix les plus bas.

Cela dit, de premiers nuages sombres se pointent à l'horizon, une sorte de « front froid » qu'il nous est impossible de contrer. Dès 1996, une étude de l'AES a révélé qu'en Suisse, compte tenu de ses multiples taxes et redevances, le prix de l'électricité augmenterait de façon massive. L'année dernière, cette étude a été révisée et actualisée; il est apparu alors qu'en 2007, la part des charges des pouvoirs publics aux dépenses totales de 8,3 mia. CHF des consommateurs finaux représentait près de 25%, tendance à la hausse, d'autant plus que les décisions récentes telles que l'augmentation de la RPC ou l'adaptation de la redevance hydraulique n'avaient même pas été prises en compte. Seule l'étude de cette année nous fournira un tableau complet des chiffres réels.

Mais revenons-en à la révision de la loi. Comme tant d'autres, je sais que même au sein de la branche de l'électricité, un climat de désillusion est en train de se propager. Adopter le nouveau système implique pour nous tous d'énormes efforts et d'énormes investissements. Et

même nos propres effectifs doivent régulièrement reporter leurs affaires courantes pour se familiariser avec de nouvelles exigences. Malgré tout cela, l'image positive et solide de nos entreprises a souffert de ces rebondissements des prix.

Toutefois, je reste confiant, sachant que l'AES continuera à s'engager pleinement pour un marché ouvert de l'électricité dans le cadre des travaux de révision. D'ailleurs, pour formuler tout cela de manière plus positive: un marché ouvert favorise les innovations en jouant la carte de la compétitivité. De plus, il dopera les politiques d'investissement, créera de nouveaux emplois, ouvrira de nouvelles voies aux entreprises dynamiques et contribuera à améliorer l'efficacité des entreprises elles-mêmes.

Tâchons surtout de faire preuve de lucidité et de ne jamais oublier que la Suisse est étroitement liée, et ce, depuis des décennies, à des partenaires étrangers. A ce titre, notamment durant les mois d'hiver, notre approvisionnement en électricité reste fortement tributaire des importations des centrales nucléaires françaises. Nous profitons des exportations de la production de nos précieuses centrales hydroélectriques ainsi que des voies de transit d'électricité par notre pays. En outre, l'échange d'électricité avec l'étranger continue à jouer un rôle capital en termes de sécurité de l'approvisionnement, tout en contribuant à maintenir une certaine pression sur les prix. Dans le domaine de l'énergie électrique, la Suisse ne peut se permettre de

jouer à la forteresse fermée sur le monde: les conséquences en seraient catastrophiques. Dès lors, nous devons accepter notre rôle de pièce du puzzle européen de l'électricité. Or, cette intégration n'a pas été obtenue au tarif zéro. Nos voisins directs nous poussent à nous orienter aux mécanismes de l'ouverture du marché de l'électricité de l'UE. Il semble en effet que l'UE serait disposée à signer à un accord bilatéral en la matière à partir du moment où la Suisse appliquerait la plupart des règles en vigueur. Procéder ainsi signifierait alors approuver la pleine ouverture du marché. Avec, à la clé, une garantie d'approvisionnement de base pour les PME et les particuliers.

Avant de clore mon exposé, permettez-moi de vous adresser mes sincères remerciements. Au nom de l'AES, j'aimerais d'abord vous remercier pour votre engagement au sein de notre association, qu'il s'agisse de votre travail à l'échelon du Conseil, dans des commissions ou dans des groupes de travail spécifiques. Dans le même temps, je vous invite à poursuivre sur cette voie: restez actifs dans l'Association puisque ce n'est qu'en unissant nos forces que nous serons capables d'aborder des sujets essentiels. Mes remerciements s'adressent également aux équipes de l'AES à Aarau et à Lausanne, notamment à son directeur Joseph Dürr, qui s'est énormément investi ces derniers temps. A vous toutes et à vous tous, je souhaite plein d'enthousiasme et beaucoup d'énergie en vue des projets qui nous attendent.

Je vous remercie de votre attention.

Anzeige

Die IBZ Schulen bilden Sie weiter.

Höhere Fachschule (eidg. anerkannt)

Dipl. Techniker/in HF

Elektrotechnik

(Techn. Informatik, Elektronik, Energie)

Informatik (Software Entwicklung, Systemmanagement, Wirtschaftsinformatik)

Maschinenbau

Betriebstechnik

Neu! Logistik

Hochbau und Tiefbau

Kunststofftechnik

Haustechnik

Metallbau

Dipl. Wirtschaftsinformatiker/in HF

Nachdiplomstudien

HF NDS Betriebswirtschaftslehre für

Führungskräfte: (Managementkompetenz)

Höhere Berufsbildung

Vorbereitungsschulen auf eidg.

Berufs- und Höhere Fachprüfungen

Elektro-Installateur

Telematiker

Elektro-Projektleiter

Elektro-Sicherheitsberater

Praxisprüfung gemäss NIV2002

Prozessfachmann

Neu! Logistikfachmann

Industriemeister

Bauführer Hochbau und Tiefbau*

Bauleiter Tiefbau

Bauleiter Hochbau

Metallbau-Werkstatt- und Montageleiter

Metallbaukonstrukteur

Metallbaumeister

Kursbeginn: Oktober/April

Kursorte: Zürich Bern Basel Aarau
Sargans Sursee Winterthur Zug

*IBZ-Diplom



IBZ

IBZ Schulen für Technik Informatik Wirtschaft

Telefon 062 836 95 00

E-Mail ibz@ibz.ch, www.ibz.ch

ISO 9001 • eduQaa

«Wer sorgt für die Versorgungssicherheit der Eidgenossen? Natürlich, der VSE!»

Referat von Stefan Engler, Regierungsrat des Kantons Graubünden, Präsident der Energiedirektorenkonferenz

Dafür, dass ich auch als Präsident der Schweizerischen Energiedirektorenkonferenz die Gelegenheit erhalte, vor Ihnen sprechen zu dürfen, danke ich Ihnen.

Wo wir, die Kantone und die Elektrizitätswerke, uns begegnen und mit welchen Fragen wir uns derzeit beschäftigen, darüber möchte ich gerne zu Ihnen sprechen.

Die Kantone führen eigene Elektrizitätswerke und sind in der Versorgung tätig, sie sind an Produktionsgesellschaften beteiligt, genau gleich wie an den Überlandwerken, daneben üben sie hoheitliche Funktionen aus, wenn sie Konzessionen genehmigen oder Bauprojekte bewilligen, bezeichnen Netzgebiete oder aber bestimmen für den Gebäudebereich ganz generell die Energiepolitik.

Die Sicherstellung der Grundversorgung, die Sorge um die Nachhaltigkeit der Energiepolitik und das Interesse an der Dividende: In diesem Spannungsverhältnis stehen die Kantone als Akteure der Energiepolitik generell und der Stromwirtschaft im Speziellen.

Dass in dieser Rolle Konflikte, Ziel- und Interessenkonflikte unvermeidlich sind, wem sage ich das. Dass bei diesen Interessenlagen es zuweilen auch unter den Kantonen schwierig ist, einen gemeinsamen Nenner zu finden, können Sie sich ausmalen.

Das soll ja auch bei Ihnen vorkommen.

Ich muss mich schon aus zeitlichen Gründen darauf beschränken, drei Themengebiete herauszupflücken, bei denen wir gegenseitig, also VSE und Kantone, aufeinander angewiesen sind.

Dabei handelt es sich um die Bereiche der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien, jenen der Stromversorgung und drittens um die Rolle der Kantone als Aktionäre der Elektrizitätswirtschaft.

Bund und Kantone haben mit dem in diesem Jahr gestarteten Gebäudeprogramm ein Paket geschnürt, das sich sehen lassen kann:

Während 10 Jahren stehen jährlich 280–300 Mio. CHF dafür zur Verfügung, um den Gebäudepark Schweiz energie-

tisch fit und klimafreundlicher zu machen. Davon profitieren können Gebäudeeigentümer für Massnahmen zur Verbesserung der Gebäudehülle (an Fassade, Dach oder Fenster) oder aber für den Ersatz haustechnischer Anlagen und die Substituierung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien.

Das Gebäudeprogramm hat sich sehr gut angelassen, und wir können heute schon davon ausgehen, dass die für das erste Jahr prognostizierten 10 000 Gebäudesanierungen deutlich übertroffen werden.

Gleichzeitig hat eine Vielzahl von Kantonen, andere sind noch daran, die Energiegesetze überarbeitet mit dem Ziel, den Energieverbrauch neuer Häuser schrittweise weiter zu reduzieren und die erneuerbare Wärmeproduktion zu fördern.

Seitens der Kantone begrüßen wir es sehr, wenn zusätzlich zur Freiwilligkeit vieler energiebewusster Hauseigentümer nebst den staatlichen Instrumenten der Anreize und Gebote auch die lokalen Energie- und Stromversorger diese Marschrichtung unterstützen.

Im Bereiche der Information, der Tarifgestaltung, welche die sparsame Stromnutzung belohnt, bis zur (vielfach existierenden) direkten Förderung bei der An-

schaffung von stromsparenden Geräten und Beiträgen an den Ersatz von Heizungssystemen besteht ein weites Feld an Möglichkeiten, wie Sie die Ziele einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik unterstützen können.

Ein Wort nur zur Förderung erneuerbarer Energien. Insbesondere bei Neuanlagen der Wasserkraft an Fließgewässern müsste nach meinem Dafürhalten die Gewährung der Einspeisevergütung zusätzlich an ökologische Kriterien geknüpft werden. Die Kleinwasserkraft an noch unberührten Gewässern, vielfach werden diese von Gemeindewerken realisiert, muss zwar möglich sein, wenn die Gesamtumweltbilanz dies zulässt. Von den über 600 Projekten für Kleinwasserkraftwerke, die schweizweit für die Einspeisevergütung zur Kostendeckung angemeldet wurden, erfüllt aber eine Vielzahl die minimalen ökologischen Anforderungen nicht. Nicht nur die Umweltorganisationen, auch die Bevölkerung hat ein sensibles Auge darauf. Abgelehnte oder nicht bewilligungsfähige Kleinkraftwerke tragen nicht dazu bei, das Image der Wasserkraft zu stärken. Vorrang haben sollen deshalb jene Projekte, aus welchen das beste Verhältnis zwischen Umwelteingriff und energiewirtschaftlichem Nutzen resultiert.



Stefan Engler, Regierungsrat des Kantons Graubünden und Präsident der Energiedirektorenkonferenz.

Kanton und Gemeinden sind mitunter gestützt auf die Raumordnungsgesetzgebung verpflichtet, sicherzustellen, dass auf ihrem Gebiet Haushalte und Wirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden. Die Verantwortung des Kantons dafür bestand in der Bezeichnung der Netzgebiete und in der Regelung spezieller Anschlussverhältnisse.

Ich glaube sagen zu dürfen, dass die Kantone diese Aufgabe pragmatisch wahrgenommen haben, wenn sie darauf bedacht waren, Funktionierendes – und das kann man von der aktuellen Stromversorgung behaupten – nicht unnötig anzurühren.

Ich teile die Auffassung, dass im Jahr eins der Strommarkliberalisierung sich eigentlich wenig bewegt hat. Im Konflikt zwischen den Eigentümern – in aller Regel die öffentliche Hand – und dem Unternehmen bei strategischen Entscheidungen wird der Wahrung des Besitzstandes und der Eigenständigkeit regelmässig mehr Gewicht beigemessen als den Notwendigkeiten des Markts.

Die politischen Verflechtungen sind oftmals so eng und der Leidensdruck noch zu gering, um durch die Zusammenlegung von Unternehmen und/oder Stromnetzen mögliche Effizienzgewinne zu erzielen. Seitens der Kantone ist der Einfluss darauf gewöhnlich beschränkt; es sei denn, dass im Rahmen von Gemeindefusionsprojekten Einfluss darauf genommen werden kann.

Ich teile die Sorge, dass es zu Wettbewerbsverzerrungen führt, wenn ein Versorger angestammte Kunden nicht zu Marktpreisen beliefern darf, sondern ihnen den Strom zu günstigeren Tarifen verkaufen muss, die auf Produktionskosten der eigenen Kraftwerke basieren. Der Wettbewerb wird ausserdem zusätzlich verzerrt, wenn Unternehmungen mit viel Produktion und wenigen oder gar keinen Endkunden ihre Energie ohne Einschränkung zu lukrativen Preisen am internationalen Markt absetzen können. Ein Versorger mit vielen Endkunden und wenig Eigenproduktion ist wiederum zum Zukauf und zur Weitergabe von Strom zu Marktpreisen gezwungen.

Als noch fragwürdiger halte ich die kürzlich bekannt gewordene Empfehlung der Wettbewerbskommission, wonach Stromverteilungsnetze, weil diese ein natürliches Monopol darstellten, für den Betrieb öffentlich auszuscheiden seien. Diese Haltung stösst beim Vorstand der Energiedirektorenkonferenz auf Unverständnis und Ablehnung.

Zum einen war Wettbewerb im Netzbereich explizit nicht gewollt, zum anderen gibt das StromVG vor, dass die Netzkosten nur nach dem «Cost-plus»-Prinzip weitergegeben werden dürfen. Eine Wettbewerbssituation im Zusammenhang mit Konzessionen für örtliche Stromnetze könnte dazu führen, dass die Kosten-Solidarität zwischen teureren ländlichen und attraktiveren städtischen Netzen infrage gestellt würde. Von den Umsetzungsschwierigkeiten, die ein Ausschreibungsverfahren nach sich ziehen könnte, ganz zu schweigen. Wie mit dieser Empfehlung nunmehr umzugehen ist, müsste ein gemeinsames Thema der Stromwirtschaft einerseits und der öffentlichen Hand andererseits sein.

Zu hoffen bleibt, dass ElCom, Swissgrid oder auch der Gesetzgeber nach und nach ihre Rolle finden, damit Verlässlichkeiten und Anreize geschaffen werden, die Versorgungssicherheit auf hohem Standard zu erhalten und gleichzeitig im Interesse der Kunden Wirtschaftlichkeit zu belohnen.

Als Drittes möchte ich das Spannungsverhältnis der Kantone als Aktionäre in der Stromwirtschaft, sei es bei Verteil-, Produktions- oder bei den Überlandwerken, ansprechen. Wem sage ich, dass beim Grundkapital der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft die öffentliche Hand zu über 80% und davon die Kantone mit gut 50% beteiligt sind.

Dass Konstellationen, in denen die öffentliche Hand Aktionär in einer privaten Unternehmung ist und gleichzeitig hoheitliche Interessen wahrzunehmen hat, per se konfliktträchtig sind, dafür liessen sich viele Beispiele, auch aus jüngster Vergangenheit, aufzählen.

Seien es die Gemeinden oder die Kantone als Aktionäre, in den meisten Fällen fehlt es an hinreichenden Eignerstrategien – oder besser: an den strategischen Zielen und Erwartungen, die mit einer konkreten Beteiligung verfolgt werden. Das ist angesichts der starken Stellung der öffentlichen Hand in der Elektrizitätswirtschaft eigentlich erstaunlich. Je länger, je mehr ist es dringend und wichtig, dass sich Gemeinden und Kantone über die mit ihren Beteiligungen verfolgten Absichten klar werden, diese formulieren und die Überprüfung der Zielerreichung systematisieren.

Ganz grundsätzlich muss gelten: Ist der Staat einmal Aktionär, dann soll er auch in dieser Funktion «das Spiel der AG» spielen, was nichts anderes heisst als den wirtschaftlichen Erfolg der Unter-

nehmung anzustreben und auf sachfremde Einflussnahmen zu verzichten.

Noch auf ein Letztes will ich im Zusammenhang mit der Rolle der Kantone in der Elektrizitätswirtschaft hinweisen.

Weil die Elektrizitätsgesellschaften und damit auch Swissgrid zu erheblichem Anteil den Kantonen gehören – das hört das Management jeweils nicht so gerne –, kann es den Kantonen nicht gleichgültig sein, ob und wie sich die schweizerische Stromwirtschaft europäisch positioniert. Wir wissen auch, dass die Elektrizitätswirtschaft im Aussenhandel ein Plus von rund 2 Mia. CHF im Jahr abwirft und die ganzjährige Versorgungssicherheit unseres Landes untrennbar mit derjenigen von Europa verknüpft ist.

Ginge es allein um den Abschluss eines Abkommens im Strombereich, liesse sich wahrscheinlich rasch eine Lösung dafür finden. Die Schwierigkeit aus schweizerischer Sicht – und das macht die Angelegenheit auch für die Kantone delikat – liegt darin, dass seitens der EU gleichzeitig die Übernahme des europäischen Wettbewerbs- und Umweltrechts verlangt wird. Das wiederum könnte die Steuerhoheit der Kantone infrage stellen.

Die Kantone ihrerseits sind Teil der Verhandlungsdelegation und damit eingebunden, nebst kantonalen Interessen auch das Landesinteresse in die Waagschale zu werfen.

Unter besonderer Beachtung der Kantone, insbesondere jener, die an den Überlandgesellschaften beteiligt sind, steht die Absicht des Gesetzgebers, dadurch Unabhängigkeit zu schaffen, dass das Eigentum am Übertragungsnetz auf die Swissgrid übergehen soll. Wie das erfolgen soll, trifft die Interessen der Kantone direkt.

Es gäbe eine Reihe weiterer Fragen zur Energiezukunft unseres Landes, beispielsweise der Rahmenbewilligungs-gesuche für Ersatzkernkraftwerke, welche die Elektrizitätswirtschaft und die Kantone über längere Zeit beschäftigen werden.

Zum Schluss kommend, ist es mir ein Anliegen, dem VSE und seinen Mitgliedern für die Zusammenarbeit mit den Kantonen zu danken. Die Mitglieder des VSE vom Gemeinde-Elektrizitätswerk bis zum Überlandwerk stellen eine verlässliche Versorgung unseres Landes mit Strom sicher. Wer sorgt für die Versorgungssicherheit der Eidgenossen? Der VSE!

Neue Mitglieder im Vorstand des VSE

An der Generalversammlung des VSE vom 6. Mai 2010 in Interlaken wählten die Mitglieder anstelle von Reto Brunett, Gian Franco Lautanio, Robert Schnider und Giovanni Leonardi vier neue Mitglieder des Vorstands. Es sind dies Marco Bertoli, Michael Wider, Andreas Widmer und Andreas Zimmermann.

Marco Bertoli

Marco Bertoli schloss das Studium an der ETH Zürich als diplomierter Elektroingenieur ETH ab und promovierte anschliessend am Institut für Biomedizinische Technik der ETH und Uni Zürich. Nach einem Sprachaufenthalt in den USA arbeitete er von 1984 bis 1986 bei der Zühlke Engineering AG in Schlieren als Gruppenleiter in der Abteilung Software-Entwicklung. Anschliessend leitete er von 1986 bis 1994 die CNC-Entwicklung der AGIE in Losone. Seit September 1994 ist Marco Bertoli Direktor der Verzasca SA, Officina Idroletrica, in Lugano. Er arbeitete zudem bis 50 % als selbstständiger Consultant.

Marco Bertoli ist 57-jährig, verheiratet und Vater von zwei Töchtern.

Michael Wider

Michael Wider, lic. iur. MBA, begann seine berufliche Laufbahn 1987 bei den Entreprises Electriques Fribourgeoises (EEF). Von 1995 bis 1997 amtierte er als Generalsekretär des Unternehmens. 1997 wurde er in die Geschäftsleitung berufen und war bis 2001 Leiter der Finanz- und Managementdienste, ehe er die Fusion von EEF und ENSA zur Gruppe E leitete.

Anschliessend wechselte Michael Wider zur EOS, dort leitete er als Mitglied der Geschäftsleitung 2003 die Umstrukturierung des Unternehmens, anschliessend amtierte er als CCO der EOS und als Leiter des Geschäftsbereichs Energie. Heute ist Michael Wider Deputy CEO und Leiter Energie Schweiz von Alpiq.

Andreas Widmer

Nachdem Andreas Widmer das Studium an der ETH Zürich als Elektroingenieur abgeschlossen hatte, war er mehrere Jahre in der Industrie tätig, bevor er zu der Centralschweizerischen Kraftwerke AG (CKW) wechselte und berufsbegleitend ein MBA-Studium absolvierte. Seine Laufbahn setzte er bei der Watt AG fort, für die er längere Zeit im liberalisier-

ten deutschen Markt tätig war. Zuletzt war er bei Atel für die Geschäftseinheit Markt Schweiz verantwortlich. Im Frühsommer 2008 trat er bei der Wasserwerke Zug AG (WWZ) ein und besetzte die Stelle des Vertriebsleiters. Am 1. Mai 2009 übernahm er als Direktor die Funktion des CEO.

Andreas Widmer ist 50 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Söhnen.

Andreas Zimmermann

Nach dem Abschluss seines Studiums als Elektroingenieur HTL begann Andreas Zimmermann seine berufliche Laufbahn 1989 bei der AEK Energie AG als Leiter Schutz – eine Tätigkeit, die er bis 2000 ausführte. Während zweier Jahre war er zusätzlich Leiter des technischen Büros des Unternehmens. Von 2000 bis 2007 leitete er den Bereich Haushalt und Gewerbe, von 2004 bis 2007 war er zusätzlich Geschäftsführer der AEK-Tochtergesellschaft Securon AG. Seit 2007 ist Andreas Zimmermann Direktor der Genossenschaft Elektra Fraubrunnen und Direktor der Elektra Vertriebs AG, seit 2008 gehört er dem Vorstand des DSV und des BEV an.

Andreas Zimmermann ist 44 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern.



An der Generalversammlung gewählt: Michael Wider, Andreas Widmer, Andreas Zimmermann (von links) und Marco Bertoli (nicht im Bild)

Bilder: zVg

Anzeige

Fehlerfreie

Texte ...?



KOMMAZWERG

Korrekturbüro Kommazwerg, www.kommazwerg.ch, kontakt@kommazwerg.ch
Petra Winterhalter, eidg. dipl. Korrektorin, Tel. +41 76 592 31 29



Städte mit 30% weniger Energieverbrauch?

Als führender Produzent von energieeffizienten Lösungen hilft ABB, grosse Energieeinsparungen zu erzielen, ohne dabei die Leistung zu verringern. Unser Lichtmanagementsystem kann bis zu 50% Strom einsparen und unsere Gebäudeautomation bis zu 60%. Während alle von hohen Energiepreisen, Stromknappheit und Klimawandel sprechen, tut ABB etwas dagegen. Und zwar hier und heute. www.abb.ch/energyefficiency

Sicher.

Protokoll der 121. ordentlichen Generalversammlung des VSE vom 6. Mai 2010 im Casino Kursaal Interlaken, Interlaken

Der Präsident, Kurt Rohrbach, Bern, begrüsst die Teilnehmenden der Generalversammlung. Nach der Präsidialansprache erteilt er das Wort an den Direktor des VSE, Josef A. Dürr, der eine Rückschau auf das vergangene Geschäftsjahr vornimmt. Es erfolgt die formelle Eröffnung der 121. ordentlichen Generalversammlung des VSE durch den Präsidenten. Er stellt fest, dass die Einladung durch Publikation im Bulletin SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010 sowie durch briefliche Einladung vom 31. März 2010 unter Angabe der Traktanden rechtzeitig erfolgt ist. Die Bilanz und Erfolgsrechnung 2009 sowie der Bericht der Revisionsstelle BDO AG, Aarau, wurden in der Ausgabe des Bulletins SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010 publiziert und waren zudem ab 26. März 2010 auf der VSE-Extranetseite www.strom.ch als PDF einsehbar.

Der Präsident weist darauf hin, dass für die Abstimmung über das Traktandum 10 bezüglich Statutenänderung das Anwesenheitsquorum von $\frac{1}{3}$ der Stimmzahl aller stimmberechtigten Mitglieder erfüllt sein muss. Zudem muss der Beschluss $\frac{2}{3}$ der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen.

Hinsichtlich der Beschlüsse zu den übrigen Traktanden hält der Präsident fest, dass sie mit einfachem Mehr, in der Regel dem Handmehr, gefällt werden.

Gemäss dem Vorschlag des Präsidenten genehmigt die Versammlung die Traktandenliste ohne Diskussion und beschliesst, die Abstimmungen durch Handmehr, gemäss Artikel 13 der Statuten, vorzunehmen.

Von 397 stimmberechtigten VSE-Mitgliedern mit total 2349 Stimmen sind 139 Mitglieder mit 1414 Stimmen, d. h. 60,2% aller Stimmen, im Saal anwesend oder vertreten. Das für die Statutenänderung notwendige Anwesenheitsquorum von $\frac{1}{3}$ aller möglichen Stimmen, entsprechend 783 Stimmen, ist damit erfüllt.

Der Präsident des Vorstands hält weiter fest, dass das einfache Handmehr 70 Stimmen und das notwendige Mehr bei geheimer sowie schriftlicher Abstimmung oder bei Abstimmung unter Namensaufruf 708 Stimmen beträgt. Das für die Statutenänderung notwendige qualifizierte $\frac{2}{3}$ -Mehr beträgt 93 Handstimmen. Bei geheimer sowie schriftlicher Abstimmung oder bei Abstimmung unter Namensaufruf

beträgt das notwendige qualifizierte $\frac{2}{3}$ -Mehr 943 Stimmen.

Traktandum 1

Wahl der Stimmzähler und der Protokollführerin

Als Stimmzähler werden Dr. Thomas Erb, CEO Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen, und Giampaolo Mameli, Direktor Aziende Industriali Mendrisio, sowie als Protokollführerin Susanne Leber, Leiterin Gruppe Wirtschaft und Recht, VSE Aarau, gewählt.

Traktandum 2

Protokoll der 120. (ordentlichen) Generalversammlung vom 14. Mai 2009 in Baden

Das Protokoll der 120. (ordentlichen) Generalversammlung vom 14. Mai 2009 in Baden, veröffentlicht im Bulletin SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010, wird einstimmig ohne Enthaltungen genehmigt.

Traktandum 3

Genehmigung des Jahresberichts 2009

Der Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2009, Mitte April 2010 den Mitgliedern zugestellt und seit 26. April 2010 in Deutsch und Französisch im VSE-Extranet www.strom.ch abrufbar, wird einstimmig ohne Enthaltungen genehmigt.

Traktandum 4

Genehmigung der Jahresrechnung VSE 2009

Die Jahresrechnung VSE wurde im Bulletin SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010 publiziert und den Mitgliedern am 31. März 2010 mit den Unterlagen für die Generalversammlung zugestellt. Die Details zur Bilanz und Erfolgsrechnung sind in den schriftlichen Erläuterungen enthalten.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um +57% oder +2,3 Mio. CHF, was hauptsächlich auf die Zunahme der flüssigen Mittel, namentlich durch das gute Betriebsergebnis und den Fonds der Kampagne «Stromzufukunft Schweiz», zurückzuführen ist.

Der Ertrag aus Mitgliederbeiträgen erhöhte im Vergleich zum Vorjahr um +263 000 CHF oder 4%. Dank einer höheren Stromproduktion und der Zunahme

der Anzahl assoziierter Mitglieder konnte der Rückgang zufolge Fusionen von Mitgliedunternehmen kompensiert werden.

Der Betriebsgewinn erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +173 000 CHF oder 31% auf 722 000 CHF.

Der Vertreter der Revisionsstelle, Herr Stephan Spichiger, BDO AG Aarau, dem der Vorsitzende im Namen des Vorstands für seine Tätigkeit bestens dankt, schlägt die Genehmigung der Jahresrechnung des Verbands für das Jahr 2009 und die Décharge-Erteilung zugunsten der verantwortlichen Organe vor.

Nachdem die Jahresrechnung VSE zu keiner Diskussion Anlass gibt, lässt der Präsident über sie gemeinsam mit der Frage nach der Genehmigung des Revisionsberichts (Traktandum 5) abstimmen.

Traktandum 5

Genehmigung des Revisionsberichts 2009

Der Bericht der Revisionsstelle wurde im Bulletin SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010 publiziert und den Mitgliedern am 31. März 2010 mit den Unterlagen für die Generalversammlung zugestellt. Er war zudem ab dem 26. März 2010 auf der VSE-Extranet-Seite einsehbar.

Die Versammlung nimmt den Bericht der Revisionsstelle für das Jahr 2009 zur Kenntnis und genehmigt die Jahresrechnung des VSE für das Geschäftsjahr 2009 einstimmig ohne Enthaltungen.

Traktandum 6

Genehmigung der Jahresrechnung PSEL 2009

Die Jahresrechnung PSEL 2009 und der Bericht der Revisionsstelle wurden im Bulletin SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010 publiziert und den Mitgliedern am 31. März 2010 mit den Unterlagen für die Generalversammlung zugestellt. Sie waren zudem ab dem 26. März 2010 auf der VSE-Extranet-Seite einsehbar.

Details zur Jahresrechnung PSEL 2009 sind in den schriftlichen Erläuterungen enthalten. Die Bilanzsumme des PSEL beträgt per 31. Dezember 2009 2 693 000 CHF. Die Jahresrechnung des PSEL weist bei einem Gesamtertrag von 1000 CHF und Gesamtaufwendungen von 50 000 CHF einen Reinverlust von 49 000 CHF aus.

Der Vertreter der Revisionsstelle schlägt die Genehmigung der Jahresrechnung

PSEL 2009 und die Décharge-Erteilung an die verantwortlichen Organe vor.

Die Versammlung nimmt den Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung PSEL 2009 zur Kenntnis und genehmigt die Jahresrechnung PSEL für das Geschäftsjahr 2009 einstimmig und ohne Enthaltungen.

Traktandum 7

Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführung

Die Generalversammlung, unter Beachtung der für die Vorstandsmitglieder geltenden Ausstandsregelung, erteilt den verantwortlichen Organen für das Geschäftsjahr 2009 einstimmig ohne Enthaltungen Entlastung.

Traktandum 8

Festsetzung des Betrags pro Beitrags-einheit für die Mitgliederbeiträge 2011

Der Vorstand beantragt der Generalversammlung, für das Jahr 2011 erneut auf eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge zu verzichten.

Derzeit beträgt der Wert z für die Berechnung der Mitgliederbeiträge von Branchenmitgliedern 187 CHF, der Stimmrechtsfaktor f für Branchenmitglieder 0,07 je skalierte Wertschöpfungseinheit und der Stimmrechtsfaktor fb für Branchenverbände 0,0004.

Die Versammlung heisst den Antrag des Vorstands, für das Jahr 2011 den Faktor z auf 187 CHF, den Faktor f auf 0,07 je skalierte Wertschöpfungseinheit und den Faktor fb auf 0,0004 zu belassen, einstimmig ohne Enthaltungen gut.

Traktandum 9

Wahlen

Die Wahlgeschäfte betreffen Wieder- oder Neuwahlen in den Vorstand sowie die Wahl der Revisionsstelle gemäss Artikel 14 Buchstaben h und i sowie Artikel 24 der VSE-Statuten.

Traktandum 9.1

Wieder- und Neuwahlen in den Vorstand

Reto Brunett, Gian Franco Lautanio, Giovanni Leonardi und Robert Schnider haben ihren Rücktritt aus dem VSE-Vorstand erklärt. Der Präsident dankt den Scheidenden für ihren Einsatz im VSE-Vorstand.

Wiederwahlen

Dieter Gisiger stellt sich für eine zweite Amtsperiode und Manfred Thumann sowie Pierre-Alain Urech je für eine dritte Amtsperiode zur Wiederwahl in den Vorstand.

Die Generalversammlung hat einer Wiederwahl in globo von Dieter Gisiger für eine zweite Amtsperiode, Manfred Thumann und Pierre-Alain Urech je für eine dritte Amtsperiode zugestimmt und sie einstimmig ohne Enthaltungen für die Amtsperiode dauernd von 2010 bis 2013 in den Vorstand des VSE wiedergewählt.

Neuwahlen

- Marco Bertoli, Dr. sc. tech. ETH, Direktor der Verzasca SA Officina Idroelettrica, Lugano;
- Michael Wider, lic. iur. MBA, Leiter Energie Schweiz, Deputy CEO Alpiq SA;
- Andreas Widmer, dipl. Ing. ETH/MBA, CEO Wasserwerke Zug AG;
- Andreas Zimmermann, El.-Ing. HTL, NDS Wirtschaftsingenieur, Direktor der Genossenschaft Elektra Fraubrunnen.

Die genannten Personen sind Kandidaten für eine Neuwahl in den VSE-Vorstand für eine erste Amtsperiode, dauernd von der GV 2010 bis zur GV 2013.

Die Generalversammlung hat einer Wahl in globo von Marco Bertoli, Michael Wider, Andreas Widmer und Andreas Zimmermann für je eine erste Amtsperiode zugestimmt und sie einstimmig ohne Enthaltungen für die Amtsperiode dauernd von der GV 2010 bis zur GV 2013 in den Vorstand des VSE gewählt.

Traktandum 9.2

Wahl der Revisionsstelle

Die Versammlung heisst den Antrag des Vorstands einstimmig ohne Enthaltungen gut, das Mandat der Revisionsstelle für den VSE und den PSEL für das Geschäftsjahr 2010 erneut an die BDO AG, Aarau, zu übertragen.

Der Vertreter der BDO AG, Stephan Spichiger, erklärt die Annahme der Wahl und dankt für das Vertrauen.

Traktandum 10

Statutenänderung

Der Entwurf der revidierten Statuten wurde im Bulletin SEV/VSE Nr. 4/2010 vom 1. April 2010 publiziert und den Mitgliedern am 31. März 2010 mit den Unterlagen für die Generalversammlung zugestellt. Er war zudem ab dem 26. März 2010 auf der VSE-Extranet-Seite einsehbar.

Der Antrag auf Statutenänderung betrifft eine Ergänzung von Artikel 4 Absatz 2 der VSE-Statuten, der unter dem Titel «II. Mitgliedschaft», Arten der Mitgliedschaft und Aufnahme in den Ver-

band, die Aufnahme als Branchenmitglied in den VSE regelt.

Der Präsident weist darauf hin, dass der Beschluss zu diesem Traktandum mit einem qualifizierten Mehr von $\frac{2}{3}$ der abgegebenen gültigen Stimmen erfolgen muss.

Die Versammlung heisst den Antrag des Vorstands auf Ergänzung des Artikels 4 Absatz 2 der VSE-Statuten mit einer Gegenstimme ohne Enthaltungen und damit unter Einhaltung des qualifizierten Mehrs gut.

Traktandum 11

Anträge von Mitgliedunternehmen

Der Vorstand hat unter diesem Traktandum keine Mitteilungen anzukündigen; auch seitens der Mitgliedunternehmen sind keine schriftlichen Anträge eingegangen.

Traktandum 12

Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Die 122. (ordentliche) Generalversammlung findet am Donnerstag, 5. Mai 2011, statt. Der Versammlungsort ist noch zu bestimmen.

Nach der Behandlung des letzten Traktandums schliesst der Präsident, Kurt Rohrbach, den formellen Teil der Generalversammlung und dankt den Mitgliedern für ihr Kommen und die wertvolle Mitarbeit.

Es folgt das Referat von René Bettoli, Vizegemeindepräsident von Interlaken, mit einer Grussadresse der Gemeinde Interlaken.

Im darauf folgenden Referat zeigt Gian Franco Lautanio, Direktor der Industriellen Betriebe Interlaken (IBI), auf, welche Herausforderungen sich für das Versorgungsunternehmen eines weltbekannten Tourismusortes stellen.

Schliesslich spricht Regierungsrat Stefan Engler, Präsident der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK), als Gastreferent zum Thema «Wer sorgt für die Versorgungssicherheit der Eidgenossen!».

Der Präsident dankt den Rednern für ihre interessanten Ausführungen, den Industriellen Betrieben Interlaken für die Ausrichtung des anschliessenden Apéros und der Gemeinde Interlaken für das Gastrecht.

Aarau, 6. Mai 2010

Der Präsident:
Kurt Rohrbach

Der Direktor:
Josef A. Dürr

Procès-verbal de la 121^e Assemblée générale ordinaire de l'AES du 6 mai 2010 au Casino Kursaal Interlaken, Interlaken

Après avoir souhaité la bienvenue aux membres présents, le président, Kurt Rohrbach, Berne, enchaîne avec son allocution, puis passe la parole à Josef A. Dürr, directeur de l'AES, pour une rétrospective de l'année écoulée. Ensuite, le président ouvre la 121^e Assemblée générale ordinaire de l'AES. Il constate que l'invitation par le biais du Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010 ainsi que par le courrier adressé le 31 mars 2010 et contenant l'ordre du jour est parvenue dans les délais réglementaires. Le bilan et le compte de résultats 2009, de même que le rapport de l'organe de révision BDO Visura, Aarau, ont été publiés dans le Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010 et étaient en outre disponibles depuis le 26 mars 2010 en version PDF dans la partie Extranet de l'AES sous www.electricite.ch.

Le président informe que, pour voter le point 10 de l'ordre du jour concernant la modification des statuts, un quorum d'un tiers du nombre de voix total des membres ayant le droit de vote doit être atteint. En outre, la décision doit rassembler deux tiers des voix valablement exprimées.

Pour se prononcer sur les autres points de l'ordre du jour, une majorité simple suffit, en règle générale, acquise à mains levées.

Suivant la proposition de son président, l'Assemblée approuve l'ordre du jour et décide de prendre les décisions par des votes à mains levées, conformément à l'art. 13 des statuts.

Sur 397 membres de l'AES avec un nombre total de 2349 voix, 139 membres sont représentés avec 1414 voix, ce qui constitue une présence dans la salle de 60,2% de toutes les voix. Le quorum d'un tiers de toutes les voix potentielles, soit 783 voix, nécessaire pour se prononcer sur la modification des statuts est ainsi atteint.

Le président du Comité informe que, dans le cadre des votes à mains levées, la majorité pour prendre une décision est de 70 voix, alors que pour les votes à bulletin secret, les votes écrits et les votes par appel nominal, la majorité est de 708 voix. La majorité qualifiée des deux tiers nécessaire pour la modification des statuts est de 93 mains levées. En cas de votes à bulletin secret, de votes écrits ou

par appel nominal, la majorité qualifiée de deux tiers est de 943 voix.

Point 1

Nomination de deux scrutateurs et du rédacteur du procès-verbal

Sont nommés scrutateurs D^r Thomas Erb, CEO des Services industriels du canton de Schaffhouse, et Giampaolo Mameli, directeur de Aziende Industriali Mendrisio. Susanne Leber, responsable du service Economie et droit, AES Aarau, est nommée rédactrice du procès-verbal.

Point 2

Procès-verbal de la 120^e Assemblée générale (ordinaire) du 14 mai 2009 à Baden

Le procès-verbal de la 120^e Assemblée générale (ordinaire) du 14 mai 2009 à Baden, publié dans le Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010, est approuvé à l'unanimité et sans abstention.

Point 3

Approbation du rapport annuel 2009

Le rapport du Comité relatif à l'exercice 2009, envoyé aux membres à la mi-avril 2010 et disponible en français et en allemand dans l'Extranet de l'AES sur www.electricite.ch depuis le 26 avril 2010, est approuvé à l'unanimité et sans abstention.

Point 4

Approbation des comptes annuels de l'AES pour 2009

Les comptes annuels 2009 de l'AES ont été publiés dans le Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010 et envoyés aux membres le 31 mars 2010 en même temps que les autres documents relatifs à l'AG. Les détails du bilan et des comptes annuels font l'objet de commentaires écrits.

Les actifs circulants ont augmenté de +57%, soit de 2,3 mio. CHF par rapport à l'année précédente, grâce notamment à l'augmentation des liquidités due au bon résultat d'exploitation ainsi qu'au fonds de la campagne «Avenir de l'électricité en Suisse».

Le produit des cotisations de membres a augmenté de +263 000 CHF, soit de 4% par rapport à l'année précédente. L'augmentation de la produc-

tion d'électricité et du nombre des membres associés a permis de compenser le recul dû à la fusion d'entreprises membres.

Les bénéfices ont augmenté de +173 000 CHF, soit de 31% par rapport à l'année précédente, et ont ainsi passé à 722 000 CHF.

Le représentant de l'organe de révision, Stephan Spichiger, BDO AG Aarau, que le président remercie au nom du Comité pour son travail, propose d'approuver les comptes de l'association pour l'année 2009 et de donner décharge aux organes responsables.

Après que les comptes annuels de l'AES n'aient donné lieu à aucune discussion, le président demande à l'Assemblée de les approuver, ainsi que le rapport de l'organe de révision (point 5).

Point 5

Approbation du rapport de révision 2009

Le rapport de l'organe de révision a été publié dans le Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010 et envoyé aux membres le 31 mars 2010 en même temps que les autres documents relatifs à l'AG. Il est en outre disponible depuis le 26 mars 2010 dans l'Extranet de l'AES.

L'Assemblée prend acte du rapport de l'organe de révision et approuve à l'unanimité et sans abstention les comptes de l'association pour 2009.

Point 6

Approbation des comptes 2009 du PSEL

Les comptes annuels 2009 du PSEL ainsi que le rapport de l'organe de révision ont été publiés dans le Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010 et envoyés aux membres le 31 mars 2010 en même temps que les autres documents relatifs à l'AG. Les deux documents sont en outre disponibles depuis le 26 mars 2010 dans l'Extranet de l'AES.

Les détails des comptes 2009 du PSEL font l'objet d'un commentaire écrit. Le total du bilan du PSEL s'élève au 31 décembre 2009 à 2 693 000 CHF. Les comptes annuels, avec un produit total de 1000 CHF et des charges s'élevant à 50 000 CHF, font état d'une perte nette de 49 000 CHF.

Le représentant de l'organe de révision propose d'approuver les comp-

tes du PSEL pour l'année 2009 et de donner décharge aux organes responsables.

L'Assemblée prend acte du rapport de l'organe de révision relatif aux comptes annuels de PSEL et approuve les comptes pour l'exercice comptable 2009 à l'unanimité et sans abstention.

Point 7

Décharge du Comité et de la Direction

Ayant appliqué les règles de récusation applicables pour les membres du Comité, l'Assemblée générale accorde sa décharge pour l'exercice 2009 aux organes responsables, et ce à l'unanimité et sans abstention.

Point 8

Calcul du montant de l'unité de cotisation pour les cotisations 2011 des membres

Le Comité demande à l'Assemblée générale de renoncer à une augmentation des cotisations de membres également pour l'année 2011.

Actuellement, la valeur z pour le calcul des cotisations de membres faisant partie de la branche s'élève à 187 CHF, le facteur de droit de vote f pour les membres faisant partie de la branche est de 0,07 par unité dégressive de valeur ajoutée et le facteur de droit de vote pour les associations faisant partie de la branche fb est de 0,0004.

L'Assemblée approuve, à l'unanimité et sans abstention, la proposition du Comité, qui est de maintenir pour l'année 2011 le facteur z à 187 CHF, le facteur f à 0,07 par unité dégressive de valeur ajoutée et le facteur fb à 0,0004.

Point 9

Elections

Les deux points suivants portent sur l'élection et la réélection par l'Assemblée générale, et conformément à l'art. 14 des statuts, des membres du Comité au sens de la lettre h) et de l'organe de révision au sens de la lettre i).

Point 9.1

Elections et réélections au Comité

Reto Brunett, Gian Franco Lautanio, Giovanni Leonardi und Robert Schnider démissionnent du Comité. Le président les remercie de leur engagement au sein du Comité.

Réélections

Dieter Gisiger se déclare prêt pour un deuxième mandat. Manfred Thumann et

Pierre-Alain Urech sont, quant à eux, prêts pour exercer un troisième mandat au sein du Comité.

L'Assemblée générale réélit, à l'unanimité et sans abstention, Dieter Gisiger pour un deuxième mandat, Manfred Thumann et Pierre-Alain Urech pour un troisième mandat pour la période allant de 2010 à 2014.

Elections

- Marco Bertoli, D^r sc. tech. EPF, directeur de Verzasca SA Officina Idroelettrica, Lugano;
- Michael Wider, lic. iur. MBA, Chef d'Energie Suisse, Deputy CEO Alpiq SA;
- Andreas Widmer, ing. dipl. EPF/MBA, CEO Wasserwerke Zug AG;
- Andreas Zimmermann, ingénieur électricien ETS, ingénieur en économie EPG, directeur de la coopérative Elektra Fraubrunnen.

Les personnes précitées sont candidates pour l'élection au Comité de l'AES pour un premier mandat allant de l'AG 2010 à l'AG 2013.

L'Assemblée générale élit, à l'unanimité et sans abstention, Marco Bertoli, Michael Wider, Andreas Widmer et Andreas Zimmermann pour un premier mandat au Comité de l'AES allant de l'AG 2010 à l'AG 2013.

Point 9.2

Election de l'organe de révision

L'Assemblée approuve la proposition du Comité, qui est de reconduire BDO Visura, Aarau, en lui confiant le mandat d'organe de révision pour l'AES et le PSEL, pour l'exercice comptable 2010.

Le représentant de BDO Visura, Stephan Spichiger, accepte l'élection et remercie de la confiance ainsi témoignée.

Point 10

Modification des statuts

L'ébauche des statuts révisés a été publiée dans le Bulletin SEV/AES n° 4/2010 du 1^{er} avril 2010 et envoyés aux membres le 31 mars 2010 en même temps que les autres documents relatifs à l'AG. Elle est en outre disponible depuis le 26 mars 2010 dans l'Extranet de l'AES.

La proposition de modifier les statuts consiste en un complément de l'article 4, al. 2 des statuts de l'AES qui, sous le titre de « II. Membres », règle les catégories de membres et l'adhésion à l'association,

ainsi que l'adhésion en tant que membre de la branche.

Le président informe que cette décision nécessite une majorité qualifiée de deux tiers des voix valablement exprimées.

L'Assemblée approuve la proposition du Comité de compléter l'article 4, alinéa 2 des statuts de l'AES, avec une voix contre et sans abstention. La majorité qualifiée est donc respectée.

Point 11

Propositions formulées par des membres

Sur ce point, le Comité n'a pas de communication à faire. Du côté des entreprises membres également, aucune proposition n'a été soumise sous forme écrite.

Point 12

Divers

Personne ne demande la parole.

La 122^e Assemblée générale (ordinaire) aura lieu le jeudi 5 mai 2011. Le lieu n'est pas encore déterminé.

Ce dernier point de l'ordre du jour ayant été traité, le président, Kurt Rohrbach, clôt la partie formelle de l'Assemblée générale et remercie les membres de leur présence et de leur précieuse collaboration.

Ensuite, René Bettoli, vice-syndic d'Interlaken, prononce une allocution de bienvenue de la commune d'Interlaken.

Cette allocution est suivie de l'exposé présenté par Gian Franco Lautanio, directeur de Industrielle Betriebe Interlaken (IBI), qui met en évidence les défis auxquels doit faire face l'entreprise d'approvisionnement du lieu touristique connu dans le monde entier.

Pour terminer, le conseiller d'Etats Stefan Engler, président de la conférence des directeurs cantonaux de l'énergie (EnDK), donne un exposé en tant qu'orateur invité sur la question « Qui veille à la sécurité d'approvisionnement des citoyens ? ».

Le président remercie les orateurs pour leurs interventions pleines d'intérêt, les services industriels d'Interlaken pour l'apéritif qui suit et la commune d'Interlaken pour l'accueil chaleureux.

Aarau, le 6 mai 2010

Le président :
Kurt Rohrbach

Le directeur :
Josef A. Dürr



Wissen was abgeht im Smart Grid!

Mess- und Steuergeräte von Schneider Electric



Präzisionszähler

PowerLogic ION8800

- > Hochpräzise Messung nach IEC62053-22 Klasse 0.2S
- > Überwachung der Energiequalitätskonformität (IEC61000-4-30 Klasse A, EN50160)
- > Metas Zulassung für die Energieverrechnung



Netzanalysator

PowerLogic ION7650

- > Überwachung der Netzqualität nach EN50160 und IEC61000-4-30, Klasse A
- > Störungsrichtungserkennung
- > Erfassung schneller Transienten bis 20µs



Fernüberwachungsgerät Flair 200C

- > Detektierung von Fehlerströmen
- > Datenkonzentrator
- > Netzarten unabhängig
- > Gerät zur Verbesserung von SAIDI* und SAIFI**

* SAIDI: System Average Interruption Duration Index

** SAIFI: System Average Interruption Frequency Index